

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Bezugspreise:
Singeldnummer 25 Pf. Durch Austräger 1.40 Mk. für die Woche, 6.—Mk. für den Monat.
Durch die Post: 0.10 Mk. für den Monat.

Verlagskonto. Nr. 22885
„Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H.“, Breslau.

Anzeigenpreise: Die dreifache Millimeterzeile über deren Raum 0.90 Mk., ansonsten 1.00 Mk.
Stellen- und Wohnungsbekanntmachungen: Familiennachrichten: Vereins- und Vereinstätigkeiten: 0.50 Mk.
Kleinanzeigen: Die dreifache Zeile über deren Raum, hinter 1.00 Mk.

Bucharin und Sinowjew kommen zum Parteitag nach Halle.

In mehreren Bezirken hatten unsere Genossen den Wunsch, einen Vertreter des Exekutiv-Komitees der dritten Internationale zu unserem Parteitag einzuladen, um angesichts der verschiedenen Auslegungen der Moskauer Bedingungen Auskünfte zu bekommen. Aus dem Bezirk Thüringen kam ein formeller Antrag an das Zentralkomitee, das aber die Einladung eines Vertreters der dritten Internationale ausdrücklich ablehnte. Jetzt lesen wir nun in der „Noten-Zahme“ folgendes Telegramm an das Zentralkomitee der U. S. P.:

Hiermit geben wir Ihnen bekannt, daß das Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Internationale beschlossen hat, auf Ihren außerordentlichen Parteitag in Halle die Genossen Sinowjew und Bucharin als seine Vertreter zu entsenden. Wir wandten uns an die deutsche Regierung mit dem Ersuchen, den genannten Genossen die Einreise und zeitweilige Anwesenheit in Deutschland zu erlauben. Wir ersuchen Sie, diese Schritte zu unterstützen und unseren Vertretern zur Einreise nach Deutschland zu verhelfen. Dies ist nun so sehr Ihre Pflicht, als die Mitglieder Ihres Zentralkomitees, Dittmann und Crispian, die die Möglichkeit hatten, Moskau und Petrograd zu besuchen, namentlich auf Schritt und Tritt die Beschlüsse zu verfolgen, die auf dem Zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale angenommen wurden. Es ist Ihre Pflicht, uns zu helfen, den wahren Geist der Beschlüsse der Kommunistischen Internationale kundzutun. Wir erwarten Ihre baldigste Antwort.
30. September 1920.
gez. Sinowjew.

Sache der Genossen wird es nun sein, zu beweisen, daß die beiden Vertreter der dritten Internationale dem deutschen Proletariat willkommen sind, als dem Zentralkomitee der U. S. P. D.

Riga.

Der Warschauer Korrespondent der „Berlingker Tidende“ telegraphiert aus Riga: Es scheint in den Friedensverhandlungen eine ungünstige Wendung eingetreten zu sein, da Joffe eine Reihe russischer Forderungen vorgelegt hat, auf die Polen nicht eingehen will. Die russische Abordnung erklärt u. a., daß Rußland nicht in die Eingliederung Wilnas und Grodnos in Polen einwilligen könne, da, wenn diese Städte in den Bereich Polens kämen, das eine ständig strategische Gefahr für Rußland bedeuten würde. Die russische Sowjetregierung verlangt daher, daß die polnischen Truppen sich aus Litauen zurückziehen. Ferner verlangt sie, daß in Dnigalzen eine Volksabstimmung abgehalten werden soll und daß der Teil von Wolhynien, der östlich des Bug liegt, an Rußland fallen soll. — In Odessa haben sich bedeutende freiwillige kavalistische Kommunisten-Formationen gebildet, die sich in den nächsten Tagen an die Wrangelfront begeben.

Wie die Presse meldet, stehen die Rigaer Verhandlungen vor dem Abbruch, da die Polen auf den Besitz von Grodnos und Wilna bestehen.

Frankreich, der Herr Polens.

Die „Industrie- und Handelszeitung“ meldet: Der Abschluß des Handelsvertrages zwischen Frankreich

und Polen ist nach dem „Kurjer Poyanski“ durch die Präsidentenwahl in Frankreich verzögert worden. Die Einzelheiten des Vertrages sind noch nicht festgelegt; es ist jedoch bekannt, daß Polen als Gegenleistung für die Konzessionen an französische Gesellschaften in Polen die volle Ausrüstung seiner Armee (!!) erhalten soll.

Große Arbeitslosenbewegung in England.

Nach „Daily Herald“ vom 20., 21. und 22. September nimmt die Arbeitslosigkeit in England ständig zu. Die Regierung bleibt untätig. Indessen nehmen die Arbeiter das Gland nicht mehr so geduldig hin wie früher. So drang in Norwich eine Schar Arbeitsloser in die Stadtverordnetenversammlung ein und erzwang dort die sofortige Beratung von Maßregeln zur Hilfe für die Arbeitslosen. In London beabsichtigt man, eine Demonstration sämtlicher Arbeitslosen zum Ministerpräsidenten ziehen zu lassen. Die Notlage der Massen wird verschärft durch die außerordentliche Wohnungsnot und für den Winter ist auch wieder mit einer erheblichen Verteuerung der Lebensmittel zu rechnen.

Auch die englische Motorenindustrie leidet an Absatzrückgang. Viele Werke haben laut „Industrie- und Handelszeitung“ bereits einen Teil des Personals entlassen und die Arbeitszeit verkürzt. Erst dieser Tage wieder haben, wie die „Times“ meldet, die Motorradwerke von Tottenham 200 Arbeiter entlassen.

Wohnungsnot in England.

Der Vollzugsrat des Verbandes der Schreiner- und Tischlerinnungen hat laut „Manchester Guardian“ an seine Mitglieder ein Rundschreiben gerichtet, in dem er ihnen den Vorschlag unterbreitet, die Arbeiten an „Lurusgebäuden“ bis zur Beseitigung der Wohnungsnot einzustellen. Das sei zwar ein schwerwiegender Schritt, heißt es, aber man könne von den Arbeitern nicht ihre Mitwirkung an dem Bau von Palästen, Klubräumen, Kinos, Hotels und Geschäftshäusern verlangen, solange ihre eigenen Wohnverhältnisse noch datschlecht seien.

Kauperismus.

Wie aus München gedruckt wird, teilte in einer Sitzung des Kommunalverbandsausschusses Professor Dr. Fickler vom Lebensmittellamt mit, der Krankenstand in München habe gegenwärtig eine Höhe wie nie zuvor. Der Grund liegt darin, daß große Kreise der Bevölkerung infolge der zunehmenden Teuerung die zum Lebensunterhalt erforderlichen Lebensmittel nicht mehr kaufen können.

4000 Angestellte der Versicherungsgesellschaft „Victoria“ Berlin, veranstalteten eine Demonstration. Dem Betriebsrat, der sie aufforderte, wenigstens an ihre Arbeitsplätze zu gehen, erklärten sie, daß sie vor Hunger nicht imstande seien, zu arbeiten. Die Direktion hatte die Forderung, die tariflich am 15. Oktober fällige Winterbeihilfe schon jetzt auszus zahlen, abgelehnt, was von den Angestellten als schamloser Willkür bezeichnet wird. Die Direktoren der Versicherungsgesellschaft beziehen in einem Monat das Vierfache des Jahresgehaltes der Angestellten.

Schiebungen.

Der Eisenbahn-Diebstahls-Überwachungs-ausschuss im Eisenbahndirektionsbezirk Hannover ist in Bad Drenthausen einer Mißhandlung auf die Spur gekommen, in die auch höhere Beamte mitverwickelt sind.

II.

Meldung: Vor wenigen Tagen ist gegen den Schprinzen Gottfried von Hohenlohe-Langenburg, den Wittmeister v. Urruh und den Oberleutnant Zoelz bei der Staatsanwaltschaft III Berlin ein Verfahren wegen einer beabsichtigten Verschlebung von zwei Millionen deutsche Gewehre in Holland anhängig gemacht worden. Nach Eröffnung des Verfahrens

wurden die drei Festgenommenen vorläufig wieder auf freien Fuß gesetzt. (Natürlich! D. H.) Sowie die bisherigen Ermittlungen ergeben haben, war beabsichtigt worden, zwei Millionen deutsche Gewehre, die in Holland unter Beschlagnahme lagen, von Bord zu verfrachten. Es handelt sich hierbei um Gewehre, die bei dem deutschen Rückzug Ende 1918 von Truppenteilen auf ihrem Marsche über Holland beschlagnahmt worden waren.

„Demokratische“ Justiz.

I.
Der Arbeiter Paul Wisje, der während der Kampagne als Mitglied der Einwohnerwehre den Fabrikanten Kamp erschoss, wurde einem Telegramm aus Halle zufolge von dem dortigen Schwurgericht zum Tode verurteilt.

II.
Ein auffallend mildes Urteil hat das Schwurgericht in Halle gegen den Unteroffizier der Reichswehr, Gerstenberger, gefällt. Während des Kampfes hat Gerstenberger in sinnloser Wut den Arbeiter Metzner, der als Gefangener eingebracht wurde, erschossen. Das Schwurgericht hielt für diesen Mord zwei Jahre Gefängnis als eine ausreichende Sühne. Unteroffizier erhält nur zwei Jahre Gefängnis — und wird fernerlich begnadigt oder flieht rechtzeitig. „Demokratische“ Justiz.

Deutschland.

Das führende Mitglied der K. A. P. D. Franz Jung ist vor einigen Tagen von einigen Soldaten nach Cuxhaven verschleppt worden. Man versucht gegen ihn ein Verfahren wegen Schiffsraubs und Meuterei auf hoher See, begangen auf seiner Ueberfahrt nach Rußland, zu konstruieren. Dies Verfahren schlägt selbst der bürgerlichen Rechtsprechung ins Gesicht. Trotz der sogenannten Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit soll die Verurteilungsmaschine der Marinekriegsgerichte wieder in Bewegung gesetzt werden, da es sich um einen Revolutionär handelt.

Die freie Wirtschaft.

Der Regierungspräsident von Erfurt gibt bekannt, daß in der Umgebung von Erfurt Händler aus Rheinland und Westfalen Kartoffeln in großen Mengen anzukaufen suchen und bis zu 60 Mark (!) für den Zentner bieten. Diese Kartoffeln sollen ins Ausland verschoben werden. Die Staatsanwaltschaft ist benachrichtigt.

Das stuchbeladene Bismarcksche Sozialistengesetz ging vor dreißig Jahren, am 30. September, zu Grabe. Seit 30 Jahren wird das deutsche Proletariat ohne besonderes Sozialistengesetz niedergedrückt. Es hatte nicht ein ausgeprochenes besonderes Ausnahmegesetz zu erdulden, sondern hundert kleine; denn die ganze Gesetzgebung bis zum 9. November 1918 war nur auf Benachteiligung des Proletariats eingestellt; jedes einzelne Gesetz enthielt einen Tropfen Gift gegen die Sozialdemokratie. Nach dem Zusammenbruch kam Rostkes Faust, die zum Niederdrücken der rebellischen Sozialisten nur den „Ausnahmezustand“ brauchte. Und jetzt? Es ist die alte Leiter — trotzdem sie andere Erde quetscht.

Deutsche Rätekongresse.

Von Ernst Dänmig.

(Schluß.)

Trotz der Haltung des ersten Rätekongresses ist der Gedanke der Sozialisierung, der Gedanke der Beseitigung der kapitalistischen Fronarbeit in den Massen lebendig geblieben. Trotz allen Scheiterns, daß die Revolution nicht zu einer Lohnbewegung begründet werden dürfte, ging in den ersten Monaten des Jahres 1919 eine Generalstreikwelle nach der anderen über das Land hinweg. Ihre Forderungen liefen überall darauf hinaus, endlich ernst mit der Sozialisierung zu machen und als Faktoren dieser Sozialisierung die Betriebsräte anzuerkennen. Die stolze Scheidemann-Regierung in Weimar mußte sich herbeilassen, diesen Forderungen nachzugeben. Je

mehr die politischen Arbeiterräte an Bedeutung verloren, desto mehr setzte sich die wirtschaftliche Organisation des Räte-systems durch. Da aber einerseits in revolutionären Zeiten Politik und Wirtschaft nicht haarscharf abgegrenzt werden können und da zum zweiten die sozialdemokratischen Parteien beider Fakultäten ihre ganze Aktion auf das parlamentarische Arbeitsfeld verlegten, da ferner die kommunistische Partei damals in ihren Reihen sehr viele ignominische Elemente in sich barg, so mußten die Betriebsräte in der damaligen Revolutionsphase auch sehr aktiv und vorwärtsdrängend in den verschiedenen politischen Aktionen auftreten. Eine große

theoretisch einheitliche und organisatorisch geschlossene revolutionäre Partei gab es damals nicht — (glaube doch die offizielle U. S. P. an die Möglichkeit einer Vereinigung des demokratischen Prinzips mit dem Räte-system, an eine „Verankerung der Räte in der Verfassung“). Es mußten also damals auch in der Rätebewegung tastende Versuche und Experimente gemacht werden, über deren Unzulänglichkeit wir auf Grund der gemachten Erfahrungen heute hinausgekommen sind.
Der zweite Rätekongreß beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem Problem: mit welchen Mitteln ist der wirt-

Schaffliche Wiederaufbau Deutschlands durchzuführen? Nicht vergessen werden darf, daß die Einberufung dieses zweiten Rätekongresses nicht etwa von der berufenen Instanz der deutschen Räteorganisation, dem Zentralrat, freiwillig veranlaßt wurde, daß vielmehr erst das Drängen der revolutionären Elemente notwendig war, um den Zentralrat zur Einberufung zu zwingen. Auf diesem Rätekongreß rangen miteinander drei verschiedene Auffassungen. Einmal war die Regierung, vertreten durch Herrn Wissell, bemüht, dessen Projekt von einer planmäßigen Gemeinwirtschaft zu empfehlen, zum anderen verfochten Cohen und Kaliski ihren Organisationsentwurf, der auf die Schaffung von Arbeitskammern, in denen Unternehmertum und Arbeiterchaft gleichmäßig vertreten sein sollten, hinauslief und zum dritten verfochten wir den damals noch nicht völlig ausgereiften Organisationsplan eines Räteorgans in seiner politischen und wirtschaftlichen Betätigung. Auf diesem Kongreß war der Geist und der Einfluß des Partei- und Arbeitersekretärs ausschlaggebend. Der Kongreß akzeptierte den Cohenschen Entwurf. Aber auch dieser blieb nur ein wertloses Stück Papier. Obgleich ihn die rechtssozialistische Mehrheit akzeptierte, wurde er schon Ende Juni 1919 von den Rechtssozialisten auf ihrem Weimarer Parteitag erbarmungslos verworfen. Herr Cohen stand allein auf weiter Flur, was ihn nicht hindert, heute als aktives Mitglied in jener Spottgeburt eines Rätegebildes, im „vorläufigen Reichswirtschaftsrat“ zu sitzen. Dieser Parteitag billigte in der angestammten Revolution Einzelheimer den Betriebsräten allergnädigst das „Recht zur Information und zur Beschwerde“ zu.

Herrn Wissells planmäßige Gemeinwirtschaft, die auch so wenig sozialistischen Blutes enthält, fand nicht Gnade vor den Augen der damaligen Koalitionsregierung. Herr Wissell selbst wurde aus dem Kabinett hinauskomplimentiert. Das Räteystem, so wie es die Gegner des Proletariats und die Anhänger der kapitalistischen Wirtschaft verstanden, wurde in der Verfassung verankert. Die Gewerkschaften standen den Betriebsräten mit Widerwillen und Mißtrauen gegenüber. Herr Segen hatte in Weimar mit aller Leidenschaft gegen die wirtschaftliche Betätigung der Räte gebannt. Aber der Rätegedanke war zu lebendig in dem fortgeschrittenen Teile des Proletariats.

Die politische Machtposition des Proletariats war damals nicht so stark, daß sie in einer Räteverfassung ihren Ausdruck finden können. Immerhin war die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Betriebsräte so stark, daß die Schaffung einer selbständigen Betriebsräteorganisation in der fortgeschrittenen Arbeiterklasse als eine Selbstverständlichkeit erschien. In den wichtigsten Industriegebieten, in Groß-Berlin, in Mitteldeutschland, in Rheinland-Westfalen ging man an die Schaffung einer solchen Organisation, die sich planmäßig auf den Industriegruppen des gesamten Produktionsprozesses aufbauen sollte. Die Aufgaben dieser Betriebsräte sollten in der gegebenen politischen und ökonomischen Situation, in der Bekämpfung des Kontrollrechtes über die Produktion bestehen; nach Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat sollten dann die Betriebsräte zu aktiven Faktoren der sozialistischen Produktion werden. Gegen diese Organisation der Betriebsräte wurde die gesamte kapitalistische Welt mobil gemacht.

Unternehmertum, Staatsbürokratie und nicht zuletzt der berüchtigte Herr Kossel führten in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres einen wütenden Kampf gegen die junge, selbständige Organisation. Sie wurden eifrig unterstützt von den politischen Parteien, und nicht zuletzt war es die rechtssozialistische Partei, die dabei Helfershelferdienste leistete. Zunächst bereitete man in den bürokratischen Amtsstuben das junge Betriebsrätegesetz vor, an dem die Geheimdiplomaten der Regierungsgewerkschaftsdiktator in aller Stille eifrig mitarbeiteten. Hier bot sich ihnen die Gelegenheit, mit einem Raffinement einmal der verhassten revolutionären Betriebsräteorganisation Fesseln anzulegen und zum anderen ihren Fall, den sie im November 1918 mit dem Unternehmertum geschlossen hatten, die Arbeitergemeinschaft in den Paragraphen des Betriebsrätegesetzes zur Geltung zu bringen.

Das Betriebsrätegesetz ist zur Genüge bekannt. Zur Genüge bekannt ist, daß es, ehe es aus der Paragrafenfabrik des Parlaments hervorging, mit Proletariatsblut beprägt wurde. Jetzt soll man der Betriebsräteorganisation die Machenschaften der Gewerkschaftsorganisten können. Jetzt sollen die Betriebsräte sich ebenso den Strich am Hals legen, wie es die Arbeiter- und Soldatenräte auf dem ersten Rätekongreß getan haben. Jetzt sollen sich die Betriebsräte selbst zu bloßen Verwaltungsorganen der Betriebsgewerkschaften und zu Agenten der Arbeitergemeinschaft degradieren. Würden sie es tun, so würden sie sich eines schweren Verstoßes am Proletariat schuldig machen, denn: „Gar mächtig spricht dem Unternehmertum der Damm. Sollte es dem Unternehmertum gelingen, die Hände wieder frei zu bekommen, dann hätte das Proletariat einen leichteren Stand, mit den gewerkschaftlichen Organisationen allein konnte es sich des Kampfes nicht erwehren. Die gewerkschaftlichen Mittel und die gewerkschaftliche Ideologie werden in dieser furchtbaren Zeit der entscheidenden Arbeitlosigkeit, der Bekämpfung der Hungerkämpfer und individuellen Moral völlig versagen. Nur die Zusammenfassung der Proletarier als Klasse, nur die Durchdringung der Klasse mit der Idee des Klassenkampfes kann die Bewandlung schaffen für das Überwinden der letzten Kammerung des Unternehmertums. Darin liegt die Aufgabe der Arbeiterräte und Betriebsräte. Gewiß, dazu können die Gewerkschaften helfen, dazu müssen sie aber zunächst revolutionär zurückgeführt werden auf den Boden des Klassenkampfes. Dann werden beiden Organisationsformen wichtige Aufgaben zufallen, die sie gemeinsam nach Hungerüberwindung und in gegenseitiger Hilfe lösen werden.“

Diese Sätze, für deren Wichtigkeit ich gerade heute mit aller Entschiedenheit einträte, stammen aus der Feder eines Menschen, der heute gründlich magelert hat. Ihr Verfasser ist August Seidel, der Gewerkschaftsdiktator der „Freiheit“, der unabhängig von jenen Gewerkschaftsorganen operiert hat, die da glauben, daß die Revolutionierung der Ge-

werkschaften schon erreicht sei, wenn statt der S. P. D.-Angestellten U. S. P. D.-Angestellte in den Gewerkschaftsbüros sitzen. Und so kämpft heute Seidel mit seinen gewerkschaftlichen Gesinnungsfreunden gegen eine selbständige Betriebsräteorganisation, derselbe Seidel, der einst geschrieben hat: „... Um aber die Arbeiter über die engen, an die Rentabilität des Betriebes geknüpften Gesichtspunkte zu erheben, fordern wir, daß sie nicht Organe der Gewerkschaften seien, sondern neben den Gewerkschaften als selbständige Organisation der Sozialisierung bestehen sollen. Sie sollen wohl in den Betrieben stehen, ohne indes vorwiegend das Interesse der Arbeiter des Betriebes an künftige Arbeitsbedingungen im Auge zu haben. Ihre Aufgabe ist es nicht, mit gewerkschaftlichen Methoden Lohninteressen zu wahren, sondern darüber zu wachen, daß das Klasseninteresse des Proletariats von der Leitung des Betriebes beachtet wird und dieses Klasseninteresse des allein auf die Durchführung des Sozialismus gerichtet sein.“

Seidel, Dikmann und alle die anderen haben diese für jeden Revolutionär selbstverständliche Auffassung längst preisgegeben. Ihr Abgehen vor den ungestüm drängenden „Räteleuten“ hat sie dazu geführt, den Rätegedanken selbst zu verdrehen und zu fälschen. Aufgabe der Betriebsräte, die als Delegierte zum Kongreß kommen, wird es aber sein, mit aller Kraft gegen die Gewerkschaftsbürokratie aller Schattierungen, die Forderung zu vertreten, daß angesichts des bis heute noch stark reaktionären Gewerkschaftsblockes eine selbständige Betriebsräteorganisation unbedingt geboten ist und daß zur Durchführung des Sozialismus die heutigen Gewerkschaften allein weder will, noch fähig sind.

Direkte Aktion.

Von Jerome K. Jerome.

Nur durch die direkte Aktion sind alle Freiheiten der Welt, wie immer unzulänglich sie auch sein mögen, errungen worden. Und bloß durch die direkte Aktion vermögen sie gesichert zu werden. Die direkte Aktion schenkte England die Magna Charta. Will vielleicht irgendein Historiker behaupten, daß in der englischen Verfassung vorgesehen war, etliche bewaffnete Agitatoren würden den König von Gottesgnaden an einen einsamen Ort am Rheinufer locken und dort, unter Bedrohung mit dem Schwerte, von ihm für die Engländer das Recht fordern, Herr ihrer eigenen Leiber und Seelen zu sein?

Sicherlich lautete König Johanns Antwort zuerst gleich der Lloyd Georges: er werde sich mit allen Mitteln gegen diese „Distinktion“ wehren. Doch kam er dann nach reiflicher Überlegung zu dem Schluß, das Wohl des Staates sei unbillig mit den Entschlüssen und dem Willen der ihn umdrängenden Herren verbunden. Auch Herr Lloyd George wird vielleicht noch einmal einsehen, daß die Zeiten vorüber sind, da König oder Premier ausrufen konnten: „Der Staat bin ich!“ Er wird vielleicht erkennen, daß die Lebensfähigkeit des Staates stark beeinträchtigt werden dürfte, falls zehn Millionen Beteiligter samt ihren Familien aus ihm auscheiden. Ein gelehrter Herr hat unlängst eine Vorheragung Israels entworfen; es ist dies ein Auspruch, den ich unbewußt plagüert habe. Die Könige haben ihre Zeit gehabt und die Aristokratie hat ihre Zeit gehabt. Der Tag wird kommen, prophezeit Lord Beaconsfield, da auch die Parlamente ihre Zeit gehabt haben werden, da sie mit den anderen toten Mächten, die den Menschen im Wege liegen, fortgesetzt werden müssen. Nichts bleibt, diese Zeit naht. (Aus dem Englischen.)

Leider liegen die Dinge so, daß man heute schon voraussagen kann, daß der Ausgang des dritten deutschen Rätekongresses genau so tragisch sein wird, wie die der beiden ersten, es sei denn, es geschähen Zeichen und Wunder. Aber da damit nicht zu rechnen ist, muß der Klassenbewußte Teil des Proletariats in Partei und Gewerkschaften dafür sorgen, daß die reaktionäre und opportunistische Gewerkschaftsbürokratie beseitigt wird und Klarheit des Denkens und Einheit des Willens in den Proletariatsmassen Platz greift.

Aktivität.*

(Fortsetzung.)

II.

D. Li. Die (scharf anziehende) Verteuerung der Lebenshaltung produziert selbstverständlich (mehr oder minder klar und fest) in den proletarischen Verhältnissen den Gedanken, den Willen nach Verbesserung des Einkommens. (Man vergesse aber nicht, daß unter der Herrschaft des Kapitalismus Lohnsteigerungen immer eine größere oder kleinere Fraktion sind, da den Lohnsteigerungen bekanntlich automatisch Preiserhöhungen folgen.) Die soziale Not muß ja schließlich auch die Kleinbürgerlichen, phlegmatischen, räuspelndsten unter den Proletariern die ständig breiter werdende Kluft zwischen den Preisen und dem Einkommen sehen machen; die immer höher schlagenden Lohnsteigerungen zwingen die Massen unwillkürlich und unerbittlich zur Fragestellung über die Weiterentwicklung ihrer bloßen Existenz, zwingen sie aus dem naturlichsten Egoismus heraus zur Notwendigkeit der Ablehnung jenes ungenügenden Zustandes. Sie sind interessiert, den geringeren und weiter steigenden Preisniveau des Einkommens Status anzuschließen: Sie setzen inständig nach Lohn-, Gehaltssteigerungen, nach Aufhebung der (Arbeitslosen-) Unterzahlungen, der Steuern. Das Verlangen, die Forderung auf Einkommenssteigerung ist aber bekanntlich noch lange nicht gleichbedeutend mit ihrer Erfüllung. Lohnsteigerungen sind in der kapitalistischen Gesellschaft Macht- und Konjunkturfragen. Lohnsteigerungen werden von den kapitalistischen Privatunternehmern, Staat) nicht durch Entschlossenheit geliebt (Tränen und jährlingszulagen, weil es den Arbeitern, Angestellten, Gewerkschaften

so schlecht geht), sondern von ihnen von einer höchst nicht-terneren, höchst unfeindlichen Basis aus betrachtet — und abgetan. In dem Maße, wie sich die öffentliche Gewalt (Soldaten, Polizei, Orgesch, Technische Nothilfe usw.) in ihrer Hand befindet, treiben sie mit den Lohnsteigern, den „Vollstgenossen“, Schindluder. Und je nach dem Stande der Profit-Aktion, ob eine Hochkonjunktur fiebert oder eine Krise röhelt, werden die Schreie der Proletarier nach Einkommensverbesserung erhört oder nicht. Wie sieht es gegenwärtig hinsichtlich dieser Dinge in Deutschland aus? Wer besitzt die politische, die öffentliche Macht? Wie geht das Geschäft, wie steht die Rentabilität der Privatunternehmern, wie ist die Finanzlage des Staates? Es ist höchst überflüssig, diese Fragen langsam zu beantworten. Man weiß Bescheid und muß deshalb auch leicht in der Lage sein, eine Antwort darauf zu finden, wie sich jetzt und in absehbarer Zeit die Unternehmer und der Staat zum Problem der Einkommensverbesserung des Proletariats (Beschäftigte und Erwerbslose) stellen und stellen werden. Sie lehnen ab und werden ablehnen. Und nicht nur das, die Unternehmer bauen ja bekanntlich die Löhne ab, sie verringern also noch das letzte schätzbare Einkommen der Beschäftigten, und der Staat löst die Erwerbslosenfrage insofern „vorläufig“, als er, wie bei der Eisenbahn und Post zum Beispiel, aus „Ersparlichkeit“ die Belegschaften verringert, soundsoviel Proletarier auf die Straße wirft.

Da sich gegenwärtig in Deutschland die öffentliche Gewalt in der Hand der kapitalistischen Bourgeoisie, die sehr gut organisiert ist, befindet, da ferner in Deutschland die Wirtschaftskrise immer größere Dimensionen annimmt, das Unternehmertum also an der Produktion (weil sie nicht genug Profit abwirft) uninteressiert ist, da endlich die Staatsfinanzen sich in einem jämmerlichen Zustande befinden, alle Faktoren demnach zur Bewilligung von Einkommensverbesserungen der Proletarier ungünstig stehen, werden die Lohnfragen, weil sie eben Macht- und Konjunkturfragen sind, zerschellen an den Tatsachen, der (Markt-)Existenz des kapitalistischen Staates, der Existenz der kapitalistischen Wirtschaft, die sich in einer schweren Krise befindet. Forderungen auf Lohnsteigerungen werden von den Unternehmern beantwortet mit der erlauteten Handbewegung: Aber, meine Herren, Sie wollen Lohnsteigerungen, wir wollen im Gegenteil Lohnabbau! Und nichts ist Ihnen angenehmer als ein Streit, da ersparen sie sich die Stilllegung des Betriebs. Sie legen ferner den Betrieb sofort still, sobald sich Differenzen mit den Arbeitnehmern ergeben. Sie kündigen Tarifverträge, um schlechtere abzuschließen. Sie lassen rücksichtslos ihre politische und ökonomische Macht spielen. Bedarf es noch eines besseren Beweises ihrer Selbstherrlichkeit als nachstehendes, mehrfach interessantes Dokument, ein Geheimzirkular eines Arbeitgeber-Sp. Gen. Verbandes, das jüngst der „Vorwärts“ veröffentlichte. Es lautet:

„Die Lohnpolitik der nächsten Zeit muß in erster Linie ein weiteres Steigen der Löhne verhüten. Die von der Vereinigung ausgegebene Parole, keine Lohnsteigerung zu bewilligen, ist im allgemeinen befolgt worden, auch Vorkommnisse und Schlichtungsausschüsse haben sie sich zu eigen gemacht. Seitens der Arbeitnehmerschaft ist die Resolution natürlich heftig bekämpft worden, jedoch waren größere Streiks als Folge abgelehnter Forderungen selten. Gegen Zeitstreiks wird die Aussperrung der Arbeiterschaft eines Bezirkes angeraten. Sollten auch jetzt noch Schlichtungsausschüsse Lohnsteigerungen bewilligen, so wird dringend empfohlen, den Schiedspruch mit eingehender Begründung, unter Hinweis auf die derzeitige wirtschaftliche Lage abzulehnen und gleichzeitig dem Demobilisierungskommissar Kenntnis von der Ablehnung und ihren Gründen zu geben. Ein materieller Grund für weitere Lohnsteigerungen besteht nicht, da nach statistischen Erhebungen die Ernährungs- und gesamten Lebensunterhaltungskosten in den zwei letzten Monaten erheblich gefallen sind.“

Neue Tarife sollten keinesfalls abgeschlossen werden, ohne der Akkordarbeit genügenden Raum zu schaffen, volle Ausnutzung der 48stündigen Arbeitswoche ist dringendes Gebot. Auch das Reichsarbeitsministerium empfiehlt, Vor- und Abschlußarbeiten außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit vorzunehmen zu lassen. Eine Reihe von Demobilisierungskommissaren erteilt bereits generell die Genehmigung für diese Überschreitung der achtstündigen Arbeitszeit. Hinzuweisen wird ferner auf die Einführung von Qualitätsprämien, Ersparnisprämien für Rohstoffe.

Auch die Vergrößerung der Differenz zwischen der Entlohnung gelehrter und ungelerner Arbeiter ist anzustreben. Sie ist im Jahre 1919 teilweise bis zu 30 Prozent verringert worden; so stieg z. B. in der Berliner Metallindustrie der Lohn des ungelerten Arbeiters von 69,2 Prozent im ersten Vierteljahr 1919 vom Lohn des gelehrten Arbeiters auf 92,5 Prozent im ersten Vierteljahr 1920. Zur Vorbereitung des Lohnabbaues, mit dem am besten der Bergbau und die chemischen Industrien beginnen würden, sind Propaganda in der Presse, Einwirkung auf die Gewerkschaftsführer und auf die Betriebsräte sowie Ueberweisung einschlägigen Materials an die Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse empfohlen. Der Abbau hat zunächst bei den Löhnen der Jugendlichen und Unverheirateten zu beginnen, deren Löhne relativ zu hoch sind. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände wird voraussichtlich den Verbänden noch eine genaue Darstellung dieser Fragen zugehen lassen.“

Mit Recht nennt die „Freiheit“ dieses Programm „Aktionsprogramm der Scharfmacher.“ Werden sich die Proletarier die Bemerkungen in dem Schriftstück über die Schlichtungsausschüsse, Gewerkschaftsführer, Betriebsräte merken?! Gewiß, die Preise für alles steigen, die Löhne werden nicht erhöht, sondern sogar gesenkt, die Arbeitslosigkeit wächst und die Arbeitsunterstützung ist für die Kap. Wo ist der Ausweg aus diesem Sogatha? Wohin führen diese Zustände? Was reißt heran? (Schluß folgt.)

* Druckfehlerberichtigung: Im Teil I des Schlichtungs-Aktionsprogramms, S. 104, am 2. Oktober hat es in Spalte 3, Zeile 22, zu lesen: ... die wirtschaftliche Macht für Agon-

Die Frankfurter Metallindustriellen haben dem Metallarbeiterverband den Nachtrag zum Tarifvertrag, der einen zehnprozentigen Lohnzuschlag als außerordentliche Beihilfe und teilweisen Zahlung für den durch die verlängerte Arbeitszeit entstandenen Lohnausfall vorsieht, per 31. Oktober gefälligst.

Der Bericht über die dritte Internationale.

(Fortsetzung.)

4. In anbeacht des Einstromens gewaltiger Arbeitermassen in die Gewerkschaften, in anbeacht des objektiven revolutionären Charakters des wirtschaftlichen Kampfes, den diese Massen im Gegensatz zur Gewerkschaftsbürokratie führen, müssen die Kommunisten in allen Ländern in die Gewerkschaften eintreten, um aus ihnen bewusste Kampforgane zum Sturz des Kapitalismus und für den Kommunismus zu machen. Sie müssen die Initiative zur Bildung der Gewerkschaften ergreifen, wo diese nicht existieren.

Jedes freiwillige Fernbleiben von der Gewerkschaftsbewegung, jeder künstliche Versuch der Schaffung von besonderen Gewerkschaften, ohne dazu entweder durch außerordentliche Bergewaltigungssakte seitens der Gewerkschaftsbürokratie (Auflösung einzelner revolutionärer Ortsgruppen, der Gewerkschaften durch die opportunistischen Zentrallen) oder durch ihre engherzige aristokratische Politik, die großen Massen der wenig qualifizierten Arbeiter den Eintritt in die Organisationen versperrt, genötigt zu werden, stellt eine riesige Gefahr für die kommunistische Bewegung dar. Er droht die vorgeschrittensten, die klassenbewusstesten Arbeiter von den Massen an die opportunistischen Führer anzuliefern, die der Bourgeoisie in die Hände arbeiten. Die Halbheit der Arbeitermassen, ihre geistige Unentschlossenheit, ihre Zugänglichkeit für die Argumente der opportunistischen Führer kann nur im Prozeß des sich verschärfenden Kampfes überwunden werden, nach Maßgabe dessen, wie die breitesten Schichten des Proletariats durch ihre Erfahrung, durch ihre Siege und Niederlagen begreifen lernen, daß auf der Grundlage des kapitalistischen Wirtschaftssystems menschliche Lebensbedingungen unmöglich mehr erreicht werden können, nach Maßgabe dessen, wie die vorgeschrittensten kommunistischen Arbeiter es lernen werden, im Wirtschaftskampf nicht nur Bekämpfer der Ideen des Kommunismus zu sein, sondern die entschlossensten Führer des Wirtschaftskampfes und der Gewerkschaften zu werden. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, aus den Gewerkschaften ihre opportunistischen Führer zu entfernen, nur auf diese Weise können die Kommunisten an die Spitze der Gewerkschaftsbewegung treten und sie zu einem Organ des revolutionären Kampfes für den Kommunismus zu machen. Nur auf diese Weise werden sie die Zersplitterung der Gewerkschaften beheben und sie durch Industrieverbände ersetzen, die von den Massen losgelöste Bürokratie beseitigen und sie durch einen Apparat von Betriebsvertretern ersetzen können, wobei den Zentralen nur die allernotwendigsten Funktionen vorbehalten bleiben.

5. Indem sie Ziel und Wesen der Gewerkschaftsorganisation höher stellen als ihre Form, dürfen die Kommunisten in der Gewerkschaftsbewegung nicht von einer Spaltung der Gewerkschaftsorganisationen zurücktreten, wenn der Verzicht auf die Spaltung gleichbedeutend sein würde mit dem Verzicht auf die revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften und mit dem Verzicht auf den Versuch, aus ihnen ein Werkzeug des revolutionären Kampfes zu machen; mit dem Verzicht auf die Organisation der am meisten ausgebeuteten Teile des Proletariats. Aber selbst wenn sich eine solche Spaltung als notwendig erweisen sollte, darf sie nur dann durchgeführt werden, wenn es den Kommunisten gelingt, durch unausgesetzten Kampf gegen die opportunistischen Führer und ihre Taktik, durch lebhafteste Teilnahme am wirtschaftlichen Kampf die breiten Arbeitermassen davon zu überzeugen, daß die Spaltung nicht wegen der ihnen noch unverständlichen fernen Revolutionsziele, sondern wegen der konkreten nächsten Interessen der Arbeiterklasse an der Entwicklung ihres Wirtschaftskampfes vorgenommen wird. Die Kommunisten müssen im Fall der Notwendigkeit einer Spaltung ununterbrochen aufmerksam klarstellen, ob die Spaltung nicht zu ihrer Isolierung von der Arbeitermassen führt.

6. Wo die Spaltung zwischen der opportunistischen und der revolutionären Gewerkschaftsbewegung schon früher erfolgt ist, wo, wie in Amerika, neben den opportunistischen Gewerkschaften Verbände mit revolutionären Tendenzen, wenn auch nicht kommunistische, bestehen, dort sind die Kommunisten verpflichtet, diese revolutionären Gewerkschaften zu unterstützen, ihnen zu helfen, sich von syndikalistischen Vorurteilen frei zu machen, sich auf den Boden des Kommunismus zu stellen, der allein als verlässlicher Kompaß in den Wirrnissen des Wirtschaftskampfes dienen kann. Wo sich im Rahmen der Gewerkschaften oder außerhalb ihrer in den Betrieben Organisationen bilden, wie Shop-Stewards, Betriebsräte, die sich zum Zweck setzen den Kampf gegen die konterrevolutionären Tendenzen der Gewerkschaftsbürokratie, die Unterstützung der spontanen direkten Aktionen des Proletariats, dort haben die Kommunisten selbstverständlich mit voller Energie diese Organisationen zu unterstützen. Aber die Unterstützung der revolutionären Gewerkschaften darf nicht den Austritt der Kommunisten aus den opportunistischen Gewerkschaften bedeuten, die sich im Zustande der Säugung befinden und auf den Boden des Klassenkampfes übergehen. Im Gegenteil, indem sie die Evolution der Massenorganisationen, die sich auf dem Wege zum Revolutionskampf befinden, fördern, werden die Kommunisten die Rolle eines Elements spielen können, das die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter geistig und organisatorisch zum gemeinsamen Kampf für die Vernichtung des Kapitalismus vereinigt.

7. Der wirtschaftliche Kampf des Proletariats verwandelt sich in der Epoche des Zerfalls des Kapitalismus in einen politischen viel schneller, als dies im Zeitalter der friedlichen Entwicklung des Kapitals geschehen konnte. Jeder

große wirtschaftliche Zusammenstoß kann die Arbeiter unmittelbar vor die Frage der Revolution stellen. Es ist daher Pflicht der Kommunisten, in allen Phasen des Wirtschaftskampfes die Arbeiter darauf hinzuweisen, daß dieser Kampf nur dann erfolgreich sein kann, wenn die Arbeiterklasse in offnem Ringen die Klasse des Kapitalisten besiegt und auf dem Wege der Diktatur das Werk des sozialistischen Aufbaus in Angriff nimmt. Hieron ausgehend, müssen die Kommunisten bestrebt sein, nach Möglichkeit eine volle Einheit zwischen den Gewerkschaften und der kommunistischen Partei herzustellen, die Gewerkschaften der tatsächlichen Leitung durch die Partei, als Vortrupp der Arbeiterrevolution, unterzuordnen. Zu diesem Zweck müssen die Kommunisten überall in den Gewerkschaften und Betriebswerken kommunistische Fraktionen bilden, mit deren Hilfe sich der Gewerkschaftsbewegung bemächtigen und sie leiten.

(Fortsetzung folgt.)

Die Brüsseler Konferenz.

Der Eindruck einer vollkommenen Hilflosigkeit ist das bisherige Fazit der Besprechungen. Es zeigt sich auf dieser Konferenz mit eindringlicher Deutlichkeit, daß alle Maßnahmen, die von dort zur Vorlage an die verschiedenen Regierungen kommen können, nur halbe, die Katastrophe günstigstenfalls hinausziehende sein können. Aus jeder Denkschrift treten die Klagen der einzelnen Länder mit großer bellamatorischer Geste hervor; denn auch Zitate, geschickt aneinandergerollt, können bellamatorische Wirkung haben. Bezeichnend ist eine Meldung des „New York Herald“, daß zwischen den deutschen und den französischen Vertretern eine halboffizielle Unterredung stattgefunden habe, auf der sich die beiden Seiten über die Lage ihrer Länder und die Methoden besprochen hätten, durch die die Finanzkrise gelöst werden könne. Dabei seien sich auch beide Teile darüber einig geworden, daß über die Bestimmungen des Versailler Vertrags nicht gesprochen werden solle. Die Bestimmungen dieses Vertrags außerhalb jeder Debatte zu halten, also danach zu trachten, daß sie als unverrückbare Grundlage sämtlicher Abmachungen angesehen werden, ist eine der Hauptbestrebungen Frankreichs. Dieses Bestreben wird ein wesentliches Hemmnis fruchtbarer Besprechungen bilden; denn es ist schlechthin undenkbar, daß eine Finanzkonferenz von Bedeutung zu irgendeinem Resultat führen kann, wenn ein Vertrag, dessen Undurchführbarkeit selbst von einflussreichen Männern Frankreichs und Englands längst erkannt wurde, unantastbare Basis von großartig sein sollenenden Maßnahmen gegen die Weltfinanzkrise bilden soll. Wenn sich die deutschen Vertreter damit einverstanden erklärten, so mag das ihre Sache sein. Aber es spricht von wenig Einsicht und noch weniger Verantwortungsfühl, wenn man sich einem solchen Diktate unterordnet, das von vornherein die Besprechungen von Männern, die doch immerhin ernst genommen werden wollen, zur Farce stempelt.

Die von Deutschland der Konferenz unterbreitete Denkschrift ist in mancher Hinsicht lesenswert und lehrreich. So ist ihr zu entnehmen, daß die Gesamtkosten für einen Soldaten der Reichswehr jährlich 24300 Mark betragen. Die Gesamtschuld des deutschen Reiches betrug am 31. August 1920 nahezu 240 Milliarden Mark, eine Schuld, zu der noch die aus dem Friedensvertrag erwachsenen Verpflichtungen, deren Höhe noch nicht bekannt ist, hinzukommen, die 100 Goldmilliarden jedoch überschreiten dürften. Und was beim heutigen Valutastand 100 Goldmilliarden bedeuten, das weiß bereits jedes Kind. Dazu kommen noch die laufenden Ausgaben des Geschäftsjahres. Nicht einmal diese sind auch nur annähernd gedeckt.

Noch interessanter als diese Zahlen sind die Zahlen über die deutsche Ausfuhr. Diese Zahlen lehren uns, daß im Jahre 1919 Waren im Werte von 32 Milliarden eingeführt, dagegen aber Waren im Werte von nur 10 Milliarden ausgeführt wurden, so daß sich also ein Einfuhrüberschuß von 22 Milliarden Mark ergibt. Nach der Schließung des bekannten Loches im Westen macht sich eine gewisse Besserung bemerkbar. Nach wie vor aber finden die unkontrollierbaren Geschäfte, die sich im wesentlichen auf die Zuführung leicht entbehrlicher Luxusartikel beschränken und nahezu ausnahmslos Schiebergeschäfte gefährlicher Art darstellen. Es ist nun zwar freilich richtig, daß bei einem so ausgefaugten Land wie Deutschland die Einfuhr notwendig die Ausfuhr übersteigen wird. Zweifellos aber wäre die Höhe der Differenz um ein gewaltiges niedriger zu schrauben, wenn der Staat es sich angelegen sein lassen würde, unter Aufsicht der Privatwirtschaft und so des Spekulantengewinns, die Ein- und Ausfuhr ganz vom Gesichtswinkel der Bedarfswirtschaft aus zu regeln. Das aber sind Probleme, an denen die Brüsseler Konferenz noch viel vorsichtiger vorübergeht, als an der Besprechung des Versailler Vertrags.

Der italienische Nationalökonom Prof. Pantalone erklärte die emporgeschraubten Arbeitslöhne als eine Erpressung seitens der Arbeiter. Im gleichen Atemzug aber behauptete er, daß die Teuerung die Ursache des Welt Übels sei, an der die Regierungen schuld seien. Nur freie Wirtschaft könne uns retten, ein Ruf, der bezeichnenderweise schon des öfteren laut wurde. Die gestiegene Notensituation ohne Deckung ist ein Vertrauensbruch der Regierungen.

Republik Deutschland

Der Kampf um Groß-Berlin.

Der U. S. P.-PresseDienst schreibt über diese Frage: Der Kampf um Groß-Berlin, dessen letztes und den Bürgerlichen endgültig festhalt erscheinendes Stadium man in die Landesversammlung verlegt hatte, geht weiter. Am Freitag verlangte eine Kommission von Arbeitern der städtischen Betriebe von der Berliner Gewerkschaftskommission Stellungnahme zu der Frage, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um den Schlag der Berliner Reaktion gegen das neue Groß-Berlin abzuwehren. Der Vorsitzende Sabath gab die Erklärung ab, daß die Gewerkschaftskommission nicht

unterlassen wird, um in wirksamer Weise den reaktionären Bestrebungen entgegenzutreten. Er sagte schon sehr die weitreichendste Unterstützung bei einem etwaigen Kampfe zu. Es sei jedoch erst die Aufgabe der Spitzenorganisationen, diese Frage zu behandeln. Dann würde auch die Gewerkschaftskommission mit den politischen Parteien und der Betriebsräte-Zentrale zu dieser wichtigen Frage Stellung nehmen.

Auch die „Freiheit“ nimmt in einem Artikel „Der Machtkampf um Groß-Berlin“ Stellung zu der Frage „Was nun?“ „Immer fester soll“, so schreibt sie, die reaktionäre Diktatur in Preußen aufgerichtet werden. Was heute begonnen wird, wird morgen fortgesetzt, um so frecher und unversöhnlicher, je ungestörter sich die Herrschaften fühlen. Und deshalb ist das gesamte Proletariat an den jetzigen Vorgängen in Preußen interessiert. Das Proletariat gehört in eine einheitliche, geschlossene Kampffront, wenn es nicht überannt werden will. Der parlamentarischen Aktion muß die außerparlamentarische zu Hilfe kommen. Die Arbeiterklasse muß sich rühren, aber gemeinsam gegen den gemeinsamen Feind. Im Parlament haben die Rechtssozialisten das Mittel der Diskrifikation verstanden; sie haben die Unabhängigen im Stich gelassen. Und außerparlamentarisch sagen sie in einem Aufruf, daß es gelte, auf dem Boden der Demokratie zu verharren, dieser Schändemokratie, welche die bürokratischen Parteien zum alten Eisen werfen in dem Augenblick, wo sie sich in ihrer Macht bedroht glauben. Der Vorstand des Bezirksverbandes Groß-Berlin der S. P. D. rät seinen Parteianhängern auf die — nächsten Landtagswahlen zu warten. Das heißt nichts mehr und nichts weniger, als daß sie gewillt sind, das gegen die sozialistische Arbeiter-Schaft Groß-Berlins gerichtete Ausnahmegericht geduldig hinzunehmen. Das kann und das darf nicht sein. Die Groß-Berliner Arbeiter-Schaft weiß in ihrer übergroßen Mehrheit, daß es sich um einen Kampf von Klasse zu Klasse handelt, der mit aller Energie geföhrt werden muß, und sie ist gewillt, diesen Kampf mit allen Mitteln aufzunehmen. Die Mittel, die ihr zur Verfügung stehen, sind mannigfacher Art. Sie reiflos, zur Anwendung zu bringen, den Einfluß der Groß-Berliner Arbeiter-Schaft auf die Schicksale der neuen Stadtgemeinde in vollem Umfange aufrecht zu erhalten, das ist die Aufgabe, die die Arbeiter-Schaft Groß-Berlins jetzt lösen muß und wird.

Diese Angelegenheit ist jedoch noch von einem anderen Gesichtspunkte aus zu behandeln. Lehnen die Rechtssozialisten es ab, jetzt durch Massenaaktionen die Reaktion in ihre Schranken zurückzuverweisen, so ist überhaupt jede Gemeinschaft mit ihnen zu lösen. Der im „Vorwärts“ veröffentlichte Aufruf sowohl wie die Parteiparole des Berliner Bezirksverbandes der S. P. D. lesen sich, als sei die rechtssozialistische Partei froh, der für sie qualvollen Konsequenzen aus dem bisherigen gemeinsamen Vorgehen mit der U. S. P. D. durch die reaktionären Vorhölle im Preußenparlament entgehen zu sein. Die revolutionäre Arbeiter-Schaft wird sich dieses Verhalten der Rechten merken.

Kapitalistische Wirtschaft.

„Notleidende“ Dividenden.

Bereinierte Königs- und Saurhütte: Reingewinn zirka 50 000 000 Mark gegen 10 000 000 Mark Verlust im Vorjahre. 20% Dividende gegen 0% im Vorjahre.

Phönix A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb: Reingewinn 47 000 000 Mark gegen 26 000 000 Mark im Vorjahre; 20% Dividende gegen 8% im Vorjahre.

Ammerdorfer Papierfabrik: 60% Dividende bei riesigen Abschreibungen.

Südender Metallmarkt A.-G.: 30% Dividende gegen 12% im Vorjahre.

Das Finanzkapital und die Industrie.

„Handelsmeldung“: Die Majorität der Aktien des Bochumer Vereines für Bergbau und Gießereifabrikation in Bochum, der sich in den Händen des Berliner Bankhauses Hugo J. Perzfeld befand, ist in den Besitz eines Bankkonzerns, bestehend aus der Direktion der Diskontogesellschaft, der Bank für Handel und Industrie und der Nationalbank für Deutschland, übergegangen.

Soziales.

Sechs Millionen Geschlechtskranke in Deutschland.

Die letzten Jahre, die Jahre seit Kriegsbeginn, haben eine unheilvolle Verbreitung der Geschlechtskrankheiten gebracht. Der frühere Berliner Polizeiarzt Dr. Drews, Mitglied des Rates zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, hat dieser Tage auf Anfrage mitgeteilt, daß beispielsweise die Zahl der bei den Ortskrankenkassen in Braunschweig gemeldeten Geschlechtskrankheiten sich im Jahre 1913 auf 35 belief, im Jahre 1914 bereits auf 90 gestiegen war, in den darauf folgenden Jahren aber die nachfolgende kolossale Steigerung aufwies: 1915: 423, 1916: 448, 1917: 982, 1918: 2050, 1919: 3500. So hat sich in Braunschweig also im Laufe der wenigen Jahre die Zahl der Geschlechtskrankheiten verhundertfacht. Sie haben auch bereits auf die Jugendlichen übergegriffen.

Syphilitische Kinder.

Auf dem in Rauhheim versammelten Naturforschertag hat der Berliner Frauenarzt Dr. A. Doerfer in einem Vortrag über „Syphilis und Schwangerschaft“ erklärt: „Nach meinen Untersuchungen haben die Fälle von angeborener Syphilis nach dem Kriege derart zugenommen, daß in Deutschland auf eine Million Neugeborener mindestens 40 000 Kinder mit angeborener Syphilis entfallen, d. h., daß mindestens jedes fünfundzwanzigste Kind von Geburt an

hyphilitisch befallen ist. In Anbetracht dieses erschreckend hohen Prozentsatzes erscheint die obligatorische Einführung der Wassermantischen Blutuntersuchung dringend geboten, da nicht alle Fälle von angeborener Syphilis möglichst frühzeitig erkannt und behandelt werden können.

Aus der Partei.

Die Berliner Opposition des Zentralverbandes der Angestellten

hielt am 29. September eine Versammlung ab, in der mit über zweidrittel Majorität eine Entschließung für Moskau und die 21 Bedingungen angenommen wurde.

Damit hat auch die Auseinandersetzung über die dritte Internationale in den Gewerkschaften begonnen.

Die „Leipziger Volkszeitung“ im Urteil Schweizer Genossen.

Unter der Ueberschrift „Wie die „Leipziger Volkszeitung“ den revolutionären Kampf des italienischen Proletariats sabotiert“ veröffentlicht der „Basler Vorwärts“ folgende Notiz:

„Die „Leipziger Volkszeitung“ hat neben der „Freiheit“ die geistige Führung gegen den Anschluss an die 3. Internationale übernommen. Dabei führt sie den Kampf gegen Sowjet-Russland in einer Weise, die die Freude aller Reasonable erweckt. Nicht nur die Rechtssozialisten, sondern auch die Deutschnationalen verfolgen sich aus ihren Spalten mit Waffen gegen Sowjet-Russland und gegen die Sowjet-Idee überhaupt. Dabei überträgt die „Leipziger Volkszeitung“ ihren Haß gegen das revolutionäre Russland auf jede revolutionäre Aktion des Proletariats. Der glänzende Vorstoß des italienischen Proletariats, der alle Arbeiterherzen der ganzen Welt zu heller Begeisterung und Bewunderung hinreißt, wird von der „Leipziger Volkszeitung“ mit folgenden Worten abgetan:

„Am Ende der revolutionären Dinge in Italien wird ein höherer Taxis und ein dreimal höherer Brotpreis, also schließlich eine Verschlechterung der Gesamtlage der Arbeiterklasse stehen.“

Man muß schon ausdrücklich bemerken, daß die „Leipziger Volkszeitung“ ein führendes Organ der U. S. P. D. ist; nicht ein deutschnationales Blatt, wie man nach dieser Probe leicht annehmen könnte. Braucht es noch weiterer Beweise, wie notwendig die Annahme der Bedingungen ist, um die Garantie zu erhalten, daß revolutionäre Bewegungen nicht mehr von angeblich sozialistischen Blättern sabotiert werden und die Auffassung der revolutionären Arbeiter nicht in ihr Gegenteil umgewandelt wird?“

Die Gegensätze in der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands.

„Daily Herald“ teilt mit (18. September): Die Londoner Organisation der Unabhängigen Arbeiterpartei hat einen Beschluß gefaßt, der die Handlungsweise von MacDonald, Philip Snowden und besonders von Cyril Snowden scharf verurteilt, weil sie sich in einer Zeit der Propaganda gegen Russland angeschlossen haben, wo die erste sozialistische Republik die härteste Hilfe braucht.

Aus der Provinz.

Achtung! Bezirksparteitags-Delegierte.

Alle Bezirksparteitags-Delegierten aus der Provinz, die sich auf dem Boden des Anschlusses an die Kommunistische Internationale befinden, werden dringend gebeten, ihre Adressen unverzüglich an Genosse Lubinski, Sekretär der „Sozial. Arb.-Ztg.“ einzusenden. J. A.: Lubinski.

Für Moskau.

Für Moskau erklären sich die U. S. P. D. Sagan, Helban, Kreisverband und Funktionäre des Kreises Sagan, Ortsgruppe Jauer, Kreisvorsitzende Götlich (12 dafür, 8 dagegen), Deutsch-Essa und Stabelwig.

Genossen! Besucht die Distrikts-Abende.

Totales.

Breslau, den 5. Oktober.

Die Lügenhege der „Volkswacht“.

Den Streit über die Aufnahmebedingungen der proletarischen Internationale nützt die S. P. D. mit den ihr eigentümlichen Mitteln der bewußten Entstellungen und Verheimlichungen Lügen aus, um innerhalb der Arbeiterklasse Stimmung gegen den revolutionären Teil des Proletariats zu machen. Daß die S. P. D. für die politischen Probleme der revolutionären Sozialisten keinerlei Verständnis hat, ist natürlich kein Wunder. Sie geht als gut bürgerliche Partei auf Stimmenfang aus und bedient sich eben des gut bürgerlichen Mittels: Betrug der Massen im Interesse der Parteihäufung. Die S. P. D.-Presse bewegt sich entsprechend.

Die Hochleistung an Niedertracht und Dummheit aber hat zweifellos die Breslauer „Volkswacht“ erzielte. Sie „beschuldigt“ die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“, russische Unterstützungsgelder erhalten zu haben und zwar erlog sie dieses Märchen ganz bewußt. Allem Anschein nach ist sie einem oder einigen „unabhängigen Genossen“ hereingefallen, die das Blatt der S. P. D. benutzten, um einen Kampf gegen einzelne Personen der U. S. P. D. zu führen und die bei ihrer starken Verwandtschaft mit der Geistesrichtung der „Volkswacht“ deren Verlogenheit und Dummheit fast erreichten. Da es mit den „russischen Rubeln“ nicht zu machen war, gefand die „Volkswacht“ frech und frei ihre Lüge ein und veruchte in die Tatsache, daß die Geschäftsführung der Verlagsgenossenschaft auf die Verpflichtungen der Genossenschaftler selber aufkommen hat, eine irgendwie anrüchliche Machination hinein zu erstarben. Diesem durchsichtigen Manöver zu entgehen, ist natürlich nicht Sache der Redaktion, sondern der in Frage kommenden Körperlichkeiten der Verlagsgenossenschaft und der Partei. Auf die Geschäftsführung hat die Redaktion gar keinen Einfluß und ebenso wenig hat die Geschäftsführung mit der Redaktion irgendetwas zu tun. Den sachlichen Nachweis der Verlogenheit der „Volkswacht“ und ihrer Hintermänner werden in einer der nächsten Nummern der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ Aufsichtsrat, Pressekommission und ähnliche Instanzen erbringen.

Nun zur Sache selbst! Die Hege in ihrem Wesenskern nämlich ganz so anders. Niemals hat man eine blödere Selbstentlarvung erlebt als in dem Leitartikel der „Volkswacht“ vom 28. September, der überschrieben war: „Frank und Rubel“. In dieser Schreibererei werden einige Nachrichten von gegenseitigen Unterstügungen der Gegenrevolutionäre verschiedener Länder zusammengefügt und im Anschluß daran eine hanebüchene Hege gegen die internationale Solidarität des Proletariats getrieben. Statt aus der Tatsache, daß die Ausbeuterklasse aller Länder in ihrem bewußten (das ist konterrevolutionären) Ziele immer geschlossener, solidarischer auftritt, zu folgern, daß die Proletarier aller Länder für sich daraus die Notwendigkeit gegenseitiger Unterstützung erkennen müßten — wird ihnen aus der internationalen Solidarität ein Vorwurf gemacht!

Die deutsche Sozialdemokratie rechnete es sich früher zur besonderen Ehre an, wenn sie um den Sozialismus kämpfende Genossen „fremder“ Länder mit Geldmitteln unterstützen konnte. Es war einmal... Heute macht der „Volkswacht“-Schreiber den Kommunisten zum „Vorwurf“, sie hätten von der russischen Sektion ihrer eigenen Partei Unterstützungsgelder bekommen! Wir wissen es nicht, wir glauben es nicht. Aber wir wünschen es ihnen von ganzem Herzen. Für uns gibt es nicht „beidische“ und „russische“ und sonstwelche Gelder, sondern nur Gelder, die für oder gegen die Interessen des kämpfenden Proletariats arbeiten. Und ist die gegenseitige Unterstützung der Proletarier untereinander eine selbstverständliche Pflicht. Wenn die Arbeiterklasse eines Landes den Sieg errungen hat und durch ihn in Besitz der den Ausbeutenden Jahrhunderte hindurch geschobenen Gelder der Kapitalisten gekommen ist, dann muß sie die Proletarier

der revolutionär vorgeschrittenen Länder bis an die Grenze des Möglichen unterstützen, wenn sie es mit dem Sozialismus irgendwie ernst meint.

Der gefällige Diener der Ausbeuter, der den „Volkswacht“-artikel verbrochen hat, wird den deutschen Arbeitern wahrscheinlich empfehlen, sich die Mittel zur sozialistischen Revolution vom Leibe abzuhaugen, den hungrigen Mäulchen der Kinder die Waffen für den Befreiungskampf der Klasse abzusparen! Es ist völlig unverständlich, daß ihn nicht seine eigenen Parteigenossen hinausgeschleudert haben, denn eine solche beträchtliche Erbarmlichkeit muß die Geduld eines jeden übersteigen, der mit der Arbeiterklasse auch nur sympathisiert.

Erst haben die Rechtssozialisten mit Handgranaten, Maschinengewehren, verlogener Zeitungshege und Gesetzen gegen den Lohnkampf, „praktisch und positiv“ gearbeitet, den Proletarier mit ihrem famosen Steuerabzug und dem „demokratischen“ Schutz der Unternehmerinteressen wirtschaftlich fast wehrlos gemacht, und dann hegen sie auch noch gegen ihn, wenn die Möglichkeit besteht, aus anderen Ländern Hilfe zu bekommen!

Und um das Maß voll zu machen, saugen sich diese Bürgerlinge auch noch die Ursache zu dieser Hege aus den Fingern! Bitten sie gegen etwas, das sie sich früher selbst zur höchsten Ehre anrechneten!

Der Breslauer Mastdarm der Sozialverräter läßt folgendes fahren:

Solche Erscheinungen (die gegenseitigen Unterstützungen der Proletarier. D. Red.) zeigen die tiefe Entartung unserer öffentlichen Zustände. Die notwendige Reinigung kann nur erfolgen aus dem Bewußtsein der Massen selbst. Man kann von Nationalismus unendlich weit entfernt sein und doch empfinden, daß das Treiben eines vom Ausland erhaltenen Soldaten in der inneren Politik Deutschlands eine Schande und eine große Gefahr ist. Wir wollen Herren unserer eigenen Geschichte sein und uns darum die Leute vom Leibe halten, die dem Feind oder dem Rubel dienen.“

Arbeiter! Hängt das niedriger! Macht diesen schamlosen Verrat in allen Betrieben bekannt! Niemand hat diese „sozialdemokratische“ Partei die Marke so gelüftet, wie in diesem furchtbaren und bodenlos gemeinen Elaborat!

Das deutsche Proletariat ist dem gesamten internationalen Kapital ausgeliefert. Diese prachtvolle Ausbeuterpartei fällt dem kämpfenden, blutenden, hungernden, in Gefängnissen und Zuchthäusern schwächenden revolutionären Proletariern in den Rücken und saugt von „Deutschlands Schande“! Sie wollen Herren ihrer eigenen Geschichte sein... und ihre Geschichte sind auch danach! Proletarier! Es ist genug! Werft diesen Leuten die Mitgliedsbücher in die F — äße.

Die roten Sänger.

Ein genutzreicher Abend wurde der Breslauer Arbeiterchaft am Freitag, den 1. Oktober im Schießwerder geboten. Die Darbietungen bestanden aus Klavierkonzerten, Soli, Duetten und Quartettgesängen. Nach jedem Vortrag folgte starker Beifall, so daß die Vortragenden Einlagen zugaben. In der Pause trat eine Gruppe Turnerinnen der freien Turnerschaft auf und zeigte sehr gut durchgeführte Freübungen. Zuletzt kamen noch zwei Pöffen zur Aufführung von Lachstücken unterbrochen. Wir können den roten Sängern nachsagen, daß sie sich in Breslau gut eingeführt haben und weisen deshalb die Arbeiter schon heute darauf hin, daß sie am 28. Oktober im „Kronprinzen“, Westendstr. 50/52, nochmals mit neuem Programm auftreten werden. Karten sind bei sämtlichen Funktionären der Partei zu haben. Z.

Genossinnen und Genossen!

Die Breslauer „Volkswacht“ bringt einen Artikel, worin behauptet wird, die Parteisekretäre hätten aus Versehen die Beiträge nicht ordnungsgemäß mit der Zentrale abgerechnet. Wir stellen fest, daß alle Bücher und Kassen in Ordnung sind und die Beiträge, soweit sie nicht von der Zentrale gestundet wurden, ordnungsgemäß abgeführt sind.

Der Ortsrat der U. S. P. D. Breslau.
Die Bezirksleitung der U. S. P. D. Schiefen.

Verantwortlich für innere Politik, Wirtschaft, Familien- und Provinzialwesen: Dagobert Lubinski; für äußere Politik, Räte, Partei, Internationales und Totales: Erich Kunik; für Justiz, Freie Ullrich.
Druck: Buchdruckerei Büffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Stadttheater.
Dienstag 7 Uhr: **Don Juan.**
Freitag 7 Uhr: **Wien ist schön war.**
Jobst-Theater.
Dienstag 7 1/2 Uhr: **Desmeersch'sche.**
Urania-Theater.
Dienstag 7 1/2 Uhr: **Die Kaiserin.**
Schauspieler.
Dienstag, Donnerstag und Samstag 7 1/2 Uhr: **Die Frau im Hermelin.**
Freitag 7 1/2 Uhr: **Die Kaiserin.**
Dienstag 7 1/2 Uhr: **Die Kaiserin.**
Dienstag, Donnerstag und Samstag 7 1/2 Uhr: **Die Kaiserin.**

Die Rache im Goldtal
Wild-West-Sensationsstück
5 Akte.
Fest:
Persönliches Aufsehen des Königs
Willy Paalisen.

Jyoti-Spiel
Neanderstrasse 35.
Besuchen Sie das Ex-emporium
6 Monate Stück
Für den Winter ein schönes, leichtes, warmes und weiches
Zirkus Busch
täglich abends 8 Uhr.
Geschlechts-

Die Internationale!
Das geistige Kulturschauspiel
Für den Winter ein schönes, leichtes, warmes und weiches
Zirkus Busch
täglich abends 8 Uhr.
Geschlechts-

Veranstaltungskalender der U. S. P. D. Ortsgruppe Breslau.
Zwischen 5. bis 11. Oktober 1920:
Dienstag, 7 1/2 Uhr abends: **Mitteilung** in „Rotes Röhren“, Kupferstraße 21.
Distriktsabende
Donnerstag, 7 1/2 Uhr abends:
Distrikt 2: **Unterplatz 8**
Distrikt 3: **Katholische Kirche 21 „St. Kath.“**
Distrikt 4: **St. Kath. 16**
Distrikt 5: **St. Kath. 145**
Distrikt 6: **St. Kath. 145**
Distrikt 7: **St. Kath. 145**
Distrikt 8: **St. Kath. 145**
Distrikt 9: **St. Kath. 145**
Distrikt 10: **St. Kath. 145**
Distrikt 11: **St. Kath. 145**
Freitag, 7 1/2 Uhr abends:
Distrikt 1: **St. Kath. 145**
Distrikt 2: **St. Kath. 145**
Distrikt 3: **St. Kath. 145**
Distrikt 4: **St. Kath. 145**
Distrikt 5: **St. Kath. 145**
Distrikt 6: **St. Kath. 145**
Distrikt 7: **St. Kath. 145**
Distrikt 8: **St. Kath. 145**
Distrikt 9: **St. Kath. 145**
Distrikt 10: **St. Kath. 145**
Distrikt 11: **St. Kath. 145**

Kriegsopfer! Kriegsopfer!
Wer kann nur die Interessen aller leidenden Kriegsopfer vertreten?
Die Kampforganisation des Internationalen Bundes der Kriegsopfer,
der auf dem Boden des reinen Sozialismus steht.
Der Bund kämpft mit allen Kriegsopfern der Welt um ihre Menschlichkeit.
Internationaler Bund der Kriegsopfer
(Ortsgruppe Breslau).
Anmeldungen nimmt entgegen:
Langs, Robert, Weinstraße 76,
Preis, Walter, Krummstraße 38, I.
Schief. Arbeiter-Zeitung Sekret. Lubinski.
Distrikt 12, Steinauer Straße 2.
Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr spricht Genosse Löwenthal über:
Die Vertreter des marxistischen Sozialismus im 19. Jahrhundert.
Hauptsächlich erscheinen!!

Gebr. Meister
Albrechtstrasse 40
Bekleidungshaus
Herren u. Knaben

Uhren
Inferate

Dr. med. Dr. med.
Klinik

Dr. med. Dr. med.
Klinik

Dr. med. Dr. med.
Klinik

Dr. med. Dr. med.
Klinik